

Juifs Européens  
Pour une Paix Juste



European Jews  
for a Just Peace

**Bruxelles, les 13 - 15 mars 2003**

**Brussels, March 13 - 15 2003**

**Mit Unterstützung der  
Heinrich Böll Foundation  
Commissariat Général aux Relations Internationales (CGRI)**

## **Appell an den Europäischen Ministerrat**

Von seiner Versammlung in Brüssel vom 13. bis 15. März 2003 ruft das Netzwerk, "European Jews for a Just Peace", eine Föderation aus siebzehn europäischen jüdischen Organisationen und einigen Einzelteilnehmern, den Europäischen Ministerrat auf, die Resolution umzusetzen, die am 10. April 2002 vom European Parlament unter Punkt D. 8. angenommen wurde und in der gefordert wird, das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Israel solange auszusetzen bis Israel sich bereit findet, die Bestimmungen des Vertrages vollständig zu erfüllen.

Das „Euro-Mediterranean Agreement“ über die Herstellung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliederstaaten auf der einen und dem Staat Israel auf der anderen Seite wurde im *Official Journal* n°L147 vom 21. Juni 2000 veröffentlicht. Artikel 2 des Abkommens legt fest: „Alle Beziehungen zwischen den Parteien sowie alle Regelungen des Abkommens selbst beruhen auf der Anerkennung der Menschenrechte und der demokratischen Prinzipien. Diese sind sowohl für die Innen- als auch für die internationale Politik der Abkommenspartner bindend und bilden ein essentielles Element, das für das Abkommen konstitutiv ist.“

Tatsächlich werden indes von Israel die Menschenrechte und die demokratischen Grundrechte in den besetzten Gebieten Palästinas tagtäglich auf vielfältige Weise verletzt. Ganz zu schweigen von der Besetzung selbst sowie der regelrechten Kolonisierung des Lebens, die sich in Hauszerstörungen, Kollektivstrafen und in Absperrungen von Städten und Dörfern niederschlägt, durch die Schüler und Lehrer daran gehindert werden, ihre Schulen und Universitäten zu erreichen. Des Weiteren sind Landkonfiszierungen, extra-legale Hinrichtungen in Selbstjustiz und willkürliche Festnahmen ohne Gerichtsverfahren ebenso an der Tagesordnung wie Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Menschen und von Waren, die die Wirtschaft Palästinas regelrecht ersticken. Sie vereiteln die Möglichkeit, dem Wunsch der internationalen Gemeinschaft, der Europäischen Union und der Völker Palästinas und Israels selbst nachzukommen und Wahlen zu organisieren.

Das Abkommen wird weiter dadurch verletzt, dass Israel durch falsche Kennzeichnung, bewusst die Unterscheidung zwischen Waren verhindert, die effektiv in Israel und solchen, die in den illegalen Siedlungen in den besetzten Gebieten hergestellt worden sind. Diese fallen so unter einen begünstigten Zolltarif, der ihnen nicht zukommt.

Das Netzwerk "European Jews for a Just Peace" fordert alle europäischen Instanzen und Institutionen auf, der anhaltenden Forderung der israelischen und palästinensischen Friedensbewegungen nachzukommen und ihren gesamten Einfluss aufzubieten sowie politischen Druck auszuüben, um die Konfliktparteien ohne Vorbedingungen wieder an den Verhandlungstisch zu bringen.

**Brüssel, 15. März 2003**